

# „Absolutismus“ beklagt

## FB fühlt sich im Stadtrat nicht ernst genommen

**Unterschleißheim** ■ Die Freie Bürgerschaft hat bei ihrer Jahreshauptversammlung harsche Kritik an der Stadtratspolitik geübt. Ob Flächennutzungsplan, Finanzpolitik oder das Ballhausforum, die neue Gestaltungsmehrheit aus SPD und CSU nehme Kritik der kleinen Parteien nicht ernst, sondern setze nur eigene Positionen durch.

„Wir leben noch immer im Absolutismus. Der funktioniert jetzt nur nicht mehr mit der absoluten CSU-Mehrheit, sondern mit der SPD“, sagte FB-Vorsitzender Martin Reichart. Als Beispiele nannte er das Fachmarktzentrum, die Bebauung des HPZ-Grundstücks und die Erstellung des neuen Flächennutzungsplanes. Im Steuerkreis, der Vorschläge für den Stadtrat vorberate und entwickle, seien nur die beiden großen Fraktionen SPD und CSU vertreten gewesen. „Wir wussten nicht einmal, dass dieser Arbeitskreis besteht – noch wer da drin ist“, so Reichart. Wären die Planungsvorschläge nicht durch ein anonymes Flugblatt an die Öffentlichkeit gelangt, hätte niemand davon erfahren.

Bisher wenig beachtet sei zum Beispiel der Vorschlag, vier Hochhäuser mit Höhen von über 70 Meter im Gewerbegebiet zu platzieren. „Was das für den Verkehr bedeutet, kann man sich vorstellen“, so Reichart. Manfred Riederle,

Stadtrat der FB, nannte es kritisch, dass in dem Steuerkreis das Thema Lärm bisher völlig ausgespart werde: „Wenn man so ein wichtiges Thema ganz nach hinten stellt, zeigt man damit, welchen Stellenwert das hat“. Dabei böte die neue EU-Lärmschutzrichtlinie gerade an der Bahnlinie vielleicht neue Argumente im Kampf um besseren Lärmschutz.

Sehr kritisch sieht die FB nach wie vor die Entwicklung im Ballhausforum. Wie Reichart berichtete, haben kürzlich Vertreter der Tagungshotelkette Dolce, die die Belegung des Ballhausforums im Auftrag der Stadt organisiert, den Veranstaltungskalender für das laufende und das nächste Jahr vorgelegt. „Der sieht traurig aus“, so Reicharts Kommentar. Die meisten der eingetragenen Veranstaltungen seien noch Optionen, außer einer einzigen Buchung gebe es nur die Volleyballspiele, „die wir kostenlos veranstalten“, sagte Reichart. Die FB sehe sich in ihrer Einschätzung bestätigt, „dass diese Halle nicht wirtschaftlich zu bespielen ist“. Ebenfalls bestätigt fühlen sich die Freien Bürger durch die Tatsache, dass die Umlage der Kosten für den Lärmschutzwall an der A 92 auf die Anwohner doch nicht rechtens war. Nach einer Prüfung durch eine Anwaltskanzlei gab Bürgermeister Rolf Zeitler diese unerwartete Wendung im Stadtrat bekannt. av